

Wie viele Windkraftanlagen kann Paderborn vertragen?

Knappes Abstimmungsergebnis deutet auf weitere intensive politische Debatten hin

■ Von Rüdiger Kache

Paderborn (WV). Nur knapp, aber durch: Mit zwölf Stimmen von CDU, DIP und FBI gegen neun Stimmen von SPD, Grünen, AfD und FDP hat der Bauausschuss die Vorplanung für die 125. Änderung des Flächennutzungsplanes »Konzentrationszonen für Windenergie« beschlossen.

Die wesentlichen Eckpunkte dieses Planes: Die Mindestflächengrößen für die Ausweisung von Windkonzentrationszonen betragen zum Schutz vor Zersiedelung der Landschaft 25 ha (Platz für drei Anlagen). Die Mindestabstände von Windkraftanlagen zu Ortsteilen wird mit 1000 Metern angegeben. Zu den bereits ausgewiesenen Windkonzentrationszonen von 431 ha kommen weitere 148 ha hinzu. Das sei, so die Planer, zurzeit eine ausreichende und relativ verlässliche rechtliche Basis. Eine zweifelsfreie und wasserdichte Rechtsprechung, was es denn letztlich bedeute, der Windkraft »substantziellen Raum« zu geben, gebe es jedoch nicht, so Gutachter Michael Ahn. »Aber mit dem, was wir Ihnen vorschlagen, können Gerichte leben.« Sehr aufschlussreich fiel auch das Gutachten über die Gefahren für die Vogelwelt vor den Flügeln der Windräder aus.

Doch die eigentliche Arbeit, das wurde in der lebhaften und kontroversen Diskussion zwischen den Fraktionen nach einem betont sachlichen und fundierten Vortrag von Stadtplanern und Fachanwälten deutlich, beginnt jetzt erst. Das machte Verwaltungsrechtler Dr. Andre Unland den Politikern sehr deutlich: »Sie müssen sich vom Klein-Klein in der Diskussion verabschieden und nach dem gemeinsamen Kompromiss suchen. Wir machen Ihnen Vorschläge, und Sie müssen ausloten, was Sie politisch daraus machen wollen. Wir müssen aber jetzt starten mit dem Konzept und hören, was die

Betroffenen, die Bürger, dazu sagen. Dann geht es an die Feinarbeit der Planung.« Niemand werde seine Maximalforderungen durchsetzen können, warnte er, sondern nur ein tragfähiger Kompromiss habe Chancen.

Deutliche Kritik an der Planung übte SPD-Fraktionschef Franz-Josef Henze: »Ich habe große Zweifel, dass 579 ha insgesamt dem hohen Anspruch von substanziellem Raum gerecht werden.« Man werde erst dann zustimmen, wenn Raum gesucht und nicht mit fragwürdigen Argumenten ausgeschlossen werde. Man habe in Paderborn eben noch nicht genug getan, wenn man 18 Prozent des Verbrauchs aus regenerativen Energien abdecke. Dr. Jan Lackmann (FDP) sieht noch viel Beratungsbedarf, und Reinhard Borgmeier (DIP) lobt den Planentwurf, der »den Versuch einer Interessenabwägung« aufzeige.

Christoph Kahmen (CDU) betonte, man habe in Paderborn genug getan und bekomme mit dem Plan jetzt endlich etwas in die Hand, um eine rechtssichere Lösung zu erreichen. »Wir behalten die Steuerung in der Hand, wehren uns gegen Experimente und legen unseren Fokus auch auf den Anwohnerschutz.« Auch Daniel Sieveke (CDU) plädierte dafür, abzuwägen mit Investoren und Anliegern und dann politisch zu entscheiden.

Klaus-Jürgen Wagner (Grüne) sprach sich dafür aus, den richtigen Weg und das richtige Maß zu finden, denn »Flächen, die wir ausschließen, werden mit Sicherheit beklagt, und das führt zu Wildwuchs.« Deshalb reiche dieser Planentwurf nicht aus. Für Willi Knaup (AfD) muss der Plan überarbeitet werden. »Solange Strom nicht gespeichert werden kann, ist die gern vorgetragene Windkraftbilanz mit schon erreichten 16 Prozent Erzeugungsanteil am realen Stromverbrauch der Stadt statistischer Humbug.«

Am 21. Februar (18 Uhr, Schützenhof) gibt es eine Bürgerversammlung, in der alle Fakten, Bedenken und Anregungen auf den Tisch kommen sollen.

»Wir behalten die Steuerung in der Hand und legen unseren Fokus auch auf den Anwohnerschutz.«

Christoph Kahmen



Bis zu 140 Meter hoch recken sich die Windräder in den Himmel: Wie viel ist tolerierbar, und was unzumutbar? Foto: Besim Mazhici